

AWB 22.2.19

Fluglärm, Klima, Wahlen

Ausser dem vom Fluglärm verschonten Basel haben sich alle Gebietskörperschaften rund um den EuroAirport (EAP) für eine Nachtflugsperrung nach 23 Uhr ausgesprochen: Der Landrat, der Landkreis Lörrach, die Agglomeration St. Louis und der trinationale Districtsrat. Wie verhalten sich die Kandidierenden der Baselbieter Regierungswahlen zu dieser Forderung der lärmgeplagten Anwohner?

Kathrin Schweizer und Thomas Lauber sind dafür, Thomas de Courten aber dagegen. Laut Thomas Weber werden bei Klimastreiks «einige Junge für etwas instrumentalisiert, das sie gar nicht wollen».

Und die Landräte? Im November 2016 hat der Freisinnige Balz Stückelberger im Landrat den Antrag gestellt, die regierungsverbindliche Motion für die längere Nachtruhe am EAP sei zu streichen. Mit 68 Nein gegen nur 9 Ja erhielt sein Antrag gegen die längere Nachtflugsperrung eine deutliche Abfuhr. Nur acht Freisinnige und ein SVP-Mann folgten seinem Antrag. Wenn Sie als Anwohnerinnen und Anwohner des EAP vor Mitternacht aus dem Schlaf gerissen werden, erinnern Sie sich vielleicht daran, welche Politiker Ihnen die Nachtruhe verweigern.

*Madeleine Göschke-Chiquet,
Präsidentin Schutzverband*

AWB 8.3.19

So kann es nicht mehr weitergehen!

Letzten Donnerstag fand eine äusserst informative Veranstaltung mit gut 50 Personen zum Thema Fluglärm statt. Unter anderem gab

es Vorträge über die grüne Fluglärmpolitik im Kanton, über Flugspuren und Lärmdaten, über die gesundheitlichen Folgen von Fluglärm, da das Ohr «nie schläft». Das war der Startschuss für die Petition mit den folgenden Forderungen: 1. Die Routenführung der Starts ab Piste 15 wird für alle Startprozeduren (ausser Direktstarts Süd) vor die Landesgrenze zurückverschoben, wo sie früher war (siehe Risikoanalyse 2001, Lärmbelastungskataster 2009). 2. Zur Erlangung der erforderlichen Flughöhe wird für alle Abflüge ab Piste 15 der Start ab Pistenschwelle verbindlich (siehe Versprechen bei der kantonalen Abstimmung BS 1976 und jener im Bundesparlament 1977 zur Finanzierung der Pistenverlängerung). 3. Im Sinne der Gleichbehandlung aller Fluglärm betroffenen beidseits der Landesgrenze wird der EAP verpflichtet, im Fluglärmperimeter Schallschutzmassnahmen an Gebäuden auch auf Schweizer Territorium nach französischem Recht zu finanzieren. Massgebend sind die lokalen Preisverhältnisse. 4. Eine durch den Fluglärm bedingte Wertverminderung von Grundstücken in der Schweiz wird vom EAP entschädigt.

Unterschreiben Sie die Petition auch! Sie finden sie unter www.gruene-allschwil.ch.

*Julia Gosteli, Landratskandidatin
und Präsidentin Grüne
Allschwil-Schönenbuch*